

Herrn Oberbürgermeister
 Dr. Frank Mentrup
 76124 Karlsruhe



16.10.2023

DOPPELHAUSHALT	2024/2025
ANTRAG	DHH/2023/3107

Klimaschutz und Wärmewende für die Bürger*innen

▶ Zuordnung im Haushaltsplan					
Seite im HH-Plan	Teilhaushalt				
▶ 157	▶ 3100				
Ergebnishaushalt: Produktbereich Produktgruppe Schlüsselposition					
▶ 5610-310					
Finanzhaushalt: Investive Maßnahme					
▶					
▶ Änderungen und neue Mittelanmeldungen					
Art	2024	2025	2026	2027	2028
<input type="checkbox"/> Stellenschaffung/-reduzierung					
<input checked="" type="checkbox"/> Erhöhung/Reduzierung Erträge, Aufwendungen, Ein- oder Auszahlungen					
Transferaufwendungen	687.716	687.716	687.716	687.716	687.716
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
<input type="checkbox"/> Sperrvermerk					
<input type="checkbox"/> Verpflichtungsermächtigung					
▶ davon zahlungswirksam in					
Sonstige Änderungen					
<input type="checkbox"/> Konzeption, Ziele, Maßnahmen, Kennzahlen					

▶ Weitere Angaben
bei Leistungen an Zuschussempfänger
▶ Sachverhalt Begründung

Wir GRÜNE fordern, dass die in der zweiten Runde des Haushaltssicherungsprozesses vorgeschlagenen Kürzungen im Haushaltsansatz für das Klimaschutzkonzept (HHS_GR35) nicht umgesetzt werden. Die dadurch gegenüber dem Haushaltsansatz zusätzlich zur Verfügung stehenden Mittel sollen zur Beschleunigung der Wärmewende in Karlsruhe eingesetzt werden. Hierzu wird insbesondere die bereits vorliegende Energieleitplanung weiterentwickelt.

Wir fordern diese konkreten Maßnahmen:

1. Die Stadt entwickelt mindestens ein weiteres Zielszenario, das die klimapolitischen Anforderungen erfüllt, und in dem die gesetzten Rahmenannahmen alle bestmöglich realisierbar erscheinen. Dies gilt insbesondere hinsichtlich einer noch plausibel erreichbaren Sanierungsrate.
2. Die Stadt setzt die vorgeschlagenen Planungen für alle Startermaßnahmen, soweit realisierbar, bis spätestens Ende 2025 um.
3. Die Stadtwerke Karlsruhe werden beauftragt, einen Zeitplan für alle Gebiete der Stadt vorzulegen, bis wann für diese eine Realisierung einer Fernwärmeversorgung geprüft und entschieden werden wird. Die vorbereiteten Planungen werden so gestaltet, dass Bürger*innen für sich individuell erkennen können, wann eine Aussage über eine mögliche Fernwärmeversorgung getroffen wird.
4. Die Stadt prüft gemeinsam mit den Stadtwerken Karlsruhe in welchen Quartieren aufgrund der Gebäudetypologien andere Lösungen für eine klimaneutrale Wärmeversorgung außer der Fernwärme kaum realisierbar sind. Für diese Quartiere werden die Untersuchungen bezüglich der Realisierbarkeit der Fernwärmeversorgung vorrangig durchgeführt.
5. Die Stadt prüft die Einführung eines Fördermechanismus für die Fernwärmeplanung und der Realisierung des Fernwärmeausbaus und setzt den Fördermechanismus nach einem positiven Prüfungsergebnis um. Der Fördermechanismus soll eine Beschleunigung der gebäudescharfen Fernwärmeplanung bewirken. Weiter soll eine Realisierung der Fernwärme in Quartieren gefördert werden, in denen die Fernwärme die einzige plausible Lösung für die klimaneutrale Wärmeversorgung ist, aber hohe wirtschaftliche Hürden aufweist.
6. Die Stadt erhöht die Mittel für die Energieberatung der Karlsruher Energie- und Klimaschutzagentur, um dem absehbar steigenden Beratungsbedarf der Bürger*innen gerecht werden zu können.

Die Stadt Karlsruhe nimmt mit ihrer Energieleitplanung eine Vorreiterrolle unter den Kommunen in Deutschland ein. Im Rahmen der öffentlichen Diskussion mit den Bürger*innen wurde der große Mehrwert einer zügigen Weiterentwicklung und Konkretisierung vor allem der Wärmeplanung erkennbar. Die beantragten Mittel sollen dazu beitragen, den konkreten Wert der Energieleitplanung für die einzelnen Bürger*innen nochmals zu erhöhen. Bürger*innen sollen aus der Energieleitplanung bessere, konkretere Informationen für die individuelle Planung der Wärmeversorgung ihrer Wohnungen ableiten können. Die Stadtwerke als wesentlicher Akteur in der Wärmeversorgung sollen gestärkt werden, ihre wichtige Rolle bei der Umstellung auf eine klimaneutrale Wärmeversorgung in Karlsruhe wahrzunehmen. Die kommunale Wärmeplanung ist ein Teil der Daseinsvorsorge und muss von allen Akteur*innen als solche gemeinsam angegangen werden.

Unterzeichnet von:

Aljoscha Löffler, Jorinda Fahringer und GRÜNE Fraktion